

## **Wahlprüfsteine der Parteien zur Landtagswahl in Brandenburg 2014**

### **Fragen:**

#### **1. Nachtflugverbot**

**Der Brandenburger Landtag hat am 19. Februar 2013 das Volksbegehren für ein Nachtflugverbot am BER angenommen. Dieses Nachtflugverbot wurde bislang nicht erreicht.**

**Wie kann ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr am BER durchgesetzt werden?**

#### **2. Aktuelle Volksinitiative**

**Es läuft in Brandenburg eine Volksinitiative für eine gesetzliche Beschränkung des BER auf zwei Bahnen und 360.000 Flugbewegungen (Verbot einer 3. Bahn). Sind Sie für eine gesetzliche Beschränkung des BER auf 2 Bahnen und 360.000 Flugbewegungen, so wie es die Volksinitiative vorschlägt?**

#### **3. Standort Schönefeld**

**Ist Schönefeld der geeignete Standort für einen Flughafen mit bis zu 360.000 Flugbewegungen im Jahr?**

**4. Falls nein: Welche Konsequenzen müssen daraus gezogen werden?**

#### **5. Nachhaltige Verwendung für Steuergelder**

**Werden für den BER Steuergelder ausgegeben, die an anderer Stelle dringender gebraucht werden (wie z.B. den Strukturwandel in der Lausitz, die Entwicklung der Hauptstadt fernen Regionen, Bau sowie Sanierung von Straßen, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Förderung mittelständiger Unternehmen und optimale Bildung unserer Kinder)?**

#### **6. Vertrauen in die Politik**

**Für den BER wurden jahrelang falsche Flugrouten kommuniziert. Die Ziele des Schallschutzes für die Häuser wurden systematisch verfehlt. Viele Hausbesitzer werden nur Geld für einen unzureichenden Schallschutz erhalten, die Kosten für den BER steigen und steigen. Viele Menschen in der Flughafenregion haben das Vertrauen in die Landesregierung verloren. Was muss geschehen?**

## **Antworten der SPD Landesverband Brandenburg (per Brief von Klaus Ness)**

### **Zu Frage 1 (Weg zur Durchsetzung des Nachtflugverbots):**

Wir halten den Verhandlungsweg, den die Landesregierung eingeschlagen hat, immer noch für richtig. Es ist der einzige Weg, der alle Gesellschafter in die Pflicht nimmt. Zugleich bietet er Gewähr dafür, dass der Gesellschafter Bund auf seine Möglichkeit verzichtet, die Entscheidungskompetenz an sich zu ziehen und in der Sache gegen den Willen Brandenburgs zu entscheiden. Im Übrigen ist es auch der Weg, der uns vom Volksbegehren aufgegeben wurde.

Sofern keine einvernehmliche Lösung bzw. eine Lösung auf freiwilliger Basis gefunden wird, halten wir die Ebene der Fachplanung auch zukünftig für geeignet, um die durch den Flughafen hervorgerufenen Konflikte zu bearbeiten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die im Planfeststellungsbeschluss vorgesehene Möglichkeit, nachträgliche Auflagen zu verhängen. Ob die Voraussetzungen für solche Auflagen erfüllt sind, lässt sich jedoch frühestens dann sagen, wenn Flugbetrieb stattfindet.

### **Zu Frage 2 (Gesetzliche Beschränkung auf 2 Bahnen und 36000 Flugbewegungen):**

In einer Reihe von Landtagsbeschlüssen haben wir uns bereits gegen eine dritte Start- und Landebahn ausgesprochen. Uns ist kein Planungsvorhaben bekannt, das eine dritte Start- und Landebahn vorsieht.

### **Zu Frage 3 (Ist Schönefeld der richtige Standort):**

Mit dem Planfeststellungsbeschluss zum Ausbauvorhaben wurde auch der Standort gerichtlich bestätigt. Insofern stellt sich die Standortfrage nicht mehr.

### **Zu Frage 4 (Konsequenzen aus dem falschen Standort):** entfällt

### **Zu Frage 5 (Nachhaltige Verwendung für Steuergelder):**

Der BER ist und bleibt das wichtigste Infrastrukturvorhaben in Ostdeutschland. Bereits die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass beides möglich ist: Investitionen in den BER und eine positive Entwicklung des Landes. So ist zum Beispiel die Arbeitslosenquote deutlich gesunken, die Landesausgaben für Kinderbetreuung sind gestiegen, wir haben neue Lehrer eingestellt, die Schulabbrecherquote ist gesunken, bei der Finanzausstattung der Kommunen belegen wir im Ländervergleich einen Spitzenplatz.

### **Zu Frage 6 (Vertrauen in die Politik):**

Wir wollen, dass der BER dort, wo er jetzt steht, ein Erfolg wird. Dazu kommt aus unserer Sicht auf drei Dinge an: Erstens Sicherheit. Für uns steht fest: Nur ein sicherer Flughafen BER darf den Betrieb aufnehmen. An zweiter Stelle steht der Schutz vor Fluglärm. Dazu muss das Schallschutzprogramm zügig und unbürokratisch so umgesetzt werden, wie es das Oberverwaltungsgericht und die Vollzugshinweise der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde fordern. Außerdem müssen die verantwortlichen Bundesbehörden (Deutsche Flugsicherung und Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung) die vorhandenen Spielräume bei der Gestaltung der Flugverfahren nutzen. Und auch die Forderung nach mehr Nachtruhe erhalten wir aufrecht. An dritter Stelle schließlich stehen Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Flughafens. Weil nur ein eröffneter Flughafen wirtschaftlich arbeiten kann, muss der BER so schnell wie möglich bei Wahrung aller Sicherheits- und Lärmschutzanforderungen in Betrieb gehen. Wo Vertrauen verloren gegangen ist, kann es nur durch saubere und schnelle Arbeit zurück gewonnen werden.

## **Antworten der Partei DIE LINKE Landesverband Brandenburg**

### **Zu Frage 1 (Weg zur Durchsetzung des Nachtflugverbots):**

Das konsequente Nachtflugverbot kann durchgesetzt werden, wenn die Gesellschafter Berlin oder der Bund das Volksbegehren ebenso anerkennen, wie es Brandenburg getan hat.

### **Zu Frage 2 (Gesetzliche Beschränkung auf 2 Bahnen und 360000 Flugbewegungen):**

Ja

### **Zu Frage 3 (Ist Schönefeld der richtige Standort):**

Die Standortwahl Schönefeld war falsch und ist von der damaligen PDS (jetzt DIE LINKE) abgelehnt worden. Diese Entscheidung lässt jedoch nicht mehr zurückholen. Der BER muss nun so schnell wie möglich ans Netz, alles andere wäre unverantwortlich.

### **Zu Frage 4 (Konsequenzen aus dem falschen Standort):**

Der planfestgestellte Schallschutz muss ohne Wenn und Aber durchgesetzt werden. DIE LINKE lehnt noch mehr Lärm ab und ist gegen den Bau einer dritten Startbahn (Beschluss des Landtages auf Antrag der rot-roten Koalition.) DIE LINKE wird sich nicht geschlagen geben und hält an dem Anspruch des konsequenten Nachtflugverbotes auch weiterhin insbesondere gegenüber Berlin fest, da Berlin als großer Nutznießer des BER Brandenburger Interessen berücksichtigen muss.

### **Zu Frage 5 (Nachhaltige Verwendung für Steuergelder):**

Ja. Weitere Finanzierungen sollen deshalb möglichst über Kredite der FBB gestaltet werden, nicht über den Landeshaushalt.

### **Zu Frage 6 (Vertrauen in die Politik):**

Auf Bundesebene muss endlich gesetzlich geregelt werden, dass die Planfeststellung und die Flugroutenplanung in einem Verfahren zusammengeführt werden. Darüber hinaus hätte der Bundestag schon längst beschließen können, dass an allen deutschen Flughäfen in der Nähe von städtischen Ballungsräumen ein konsequentes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr eingeführt wird. Anträge der LINKEN im Bundestag wurden bislang abgelehnt.

Vertrauen kann nur wachsen, wenn die Flughafengesellschaft allen Pflichten entspricht und den Lärmschutz vor der Eröffnung der Flughafens BER fertig stellt. Die Flughafengesellschaft muss für ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis sorgen, und zwar vor allem dadurch, dass alle Anträge korrekt und auf den vorgegeben Grenzwerten beruhend, bearbeitet und umgesetzt werden.

## **Antwort der CDU Brandenburg**

### **Zu Frage 1 (Weg zur Durchsetzung des Nachtflugverbots):**

Das Nachtflugverbot kann nur mit einer Änderung des Planfeststellungsbeschlusses und einer damit verbundenen Änderung der Betriebsgenehmigung verbindlich ausgeweitet werden. Dies ist entweder durch die Flughafengesellschaft unter Aufsicht ihrer Gesellschafter oder durch die Genehmigungs- bzw. Planfeststellungsbehörde zu veranlassen. Den ersten Weg hat die Landesregierung durch eine halbherzige und dilettantische Verhandlungsverführung gegenüber den anderen Gesellschaftern verbaut. Der zweite Weg über eine Planänderung – so wie von der CDU-Fraktion als auch von den Bürgerinitiativen gutachterlich belegt – wäre dagegen auch eigenständig durch das Brandenburger Infrastrukturministerium (Planfeststellungsbehörde) möglich. Aber auch hier haben die Landesregierung und die Regierungskoalitionen von SPD und LINKE die rechtlichen Hürden durch die Änderung der Luftfahrt- und Luftsicherheitszuständigkeitsverordnung und der Beauftragung von Gegengutachtern zu

diesem Vorhaben (vgl. Anhörung im AIL am 18.4.2013 (Protokoll 5/50-1) zum Antrag der CDU-Fraktion „Nachtrühekompromiss“ Drs. 5/6686) deutlich erhöht.

**Zu Frage 2 (Gesetzliche Beschränkung auf 2 Bahnen und 360000 Flugbewegungen):**

Der Landtag hat sich mit großer Mehrheit in zwei Beschlüssen gegen den Bau einer dritten Start- und Landebahn am Standort Schönefeld ausgesprochen. Der Bedarf für eine dritte Start- und Landebahn ist bei derzeit 240.000 Flugbewegungen nicht gegeben. Eine gesetzliche Beschränkung kann nur wirksam sein, wenn aufgezeigt wird, wie ein möglicher Bedarf von mehr Kapazitäten im Raum Berlin-Brandenburg anderweitig gedeckt werden kann. Die CDU fordert daher ein die gesamte Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg umfassendes Luftverkehrsentwicklungskonzept, in der alle möglichen Optionen wirtschaftlich und raumordnerisch im Dialog mit den betroffenen Bürgern betrachtet werden. Nur so ist eine proaktive und ehrliche Flughafenpolitik möglich.

**Zu Frage 3 (Ist Schönefeld der richtige Standort):**

**Und zu Frage 4 (Konsequenzen aus dem falschen Standort):**

Der Standort Schönefeld mit seiner, im Vergleich beispielsweise zum Standort Sperenberg, dichteren Besiedlung führt zu entsprechend größeren Raum- und Lärmkonflikten. Die Entscheidung ist allerdings im Konsensbeschluss von 1996 und dem daran anschließenden Planfeststellungsverfahren gefallen und ist unter objektiven Gesichtspunkten nicht mehr rückgängig zu machen. Diesem Umstand entspringt eine besondere Verantwortung für den Schall- und Lärmschutz.

**Zu Frage 5 (Nachhaltige Verwendung für Steuergelder):**

Ja, durch die mehrmaligen Eröffnungsverschiebungen, Baupfusch sowie Planungs- und Kontrollversagen sind die Kosten für den BER auf über 5 Mrd. € angewachsen. Nach Auskunft von Finanzminister Görke im Sonderausschuss BER des Landtages werden die Gesellschafter Brandenburg, Berlin und der Bund Anfang des Jahres 2015 erneut 1,1 Mrd. € für die Fertigstellung des BER freigeben müssen. Für Brandenburg sind das über 400 Mio. €, die natürlich an anderer Stelle schmerzhaft fehlen. Wir fordern daher unverzüglich eine Professionalisierung des Aufsichtsrates durch die Besetzung dieses Gremiums mit kompetenten Personen, die sich zeitlich und fachlich ausreichend mit dem Projekt beschäftigen können.

**Zu Frage 6 (Vertrauen in die Politik):**

Beim Thema Flughafen wurde in den letzten Jahren nahezu jegliches Vertrauen verspielt. Neben den von Ihnen beschriebenen Tatsachen zählt für uns dazu auch der Umgang der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen von SPD und LINKE mit dem ersten erfolgreichen Volksbegehren in Brandenburg. Alles was die Landesregierung in diesem Zusammenhang getan hat, deutet darauf hin, dass das Volksbegehren aus rein taktischen Gründen angenommen wurde und nie aufrichtig verfolgt worden ist. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, in dem endlich ehrlich miteinander umgegangen wird. Der Standort Schönefeld ist Realität. Die Hürden für eine Ausweitung des Nachtflugverbots sind enorm hoch. Jetzt gilt es, die zukünftigen Entscheidungen gemeinsam und im konstruktiven Dialog richtig zu treffen. Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg braucht eine leistungsfähige Luftverkehrsinfrastruktur, um den wirtschaftlichen Rückstand zu vielen anderen Regionen aufholen zu können. Der Luftverkehr ist sicherlich nicht alles, aber er ist sicher ein Teil des Schlüssels auf diesem Weg. Wenn wir hier nicht aktiv nach vorne gerichtet und mit der notwendigen Akzeptanz vor Ort gestalten, werden uns die Realitäten und Tatsachen früher oder später einholen.

## **Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg**

### **Zu Frage 1 (Weg zur Durchsetzung des Nachtflugverbots):**

Das Land Brandenburg steht als Miteigentümer der Flughafengesellschaft in der Verantwortung, einen wirksamen Lärmschutz für Anwohnerinnen und Anwohner zu bewirken. Wir Grüne wollen dieser Verantwortung nachkommen und fordern entsprechend dem von uns unterstützten und erfolgreichen Volksbegehren ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. 8 Stunden Nachtruhe sind für uns das Mindeste! Bisher tut die Brandenburger Regierung zu wenig, trotz Volksbegehren: Wir sehen einen Ansatzpunkt in der gemeinsamen Landesplanung, insbesondere da das OVG Berlin Brandenburg im Juni dieses Jahres die im März 2009 erlassene Verordnung über den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg aus formalen Gründen für unwirksam erklärt hat. Dies bietet die Chance, das Nachtflugverbot dort jetzt zu verankern.

### **Zu Frage 2 (Gesetzliche Beschränkung auf 2 Bahnen und 360000 Flugbewegungen):**

Ja, wir unterstützen diese Volksinitiative auch aktiv.

### **Zu Frage 3 (Ist Schönefeld der richtige Standort):**

#### **Zu Frage 4 (Konsequenzen aus dem falschen Standort)**

Schönefeld kann nur als Standort funktionieren, wenn die Begrenzung auf 360.000 Flugbewegungen bleibt und das Nachtflugverbot und die Schallschutzmaßnahmen strikt umgesetzt werden.

### **Zu Frage 5 (Nachhaltige Verwendung für Steuergelder):**

Aktuell bindet der BER Steuergelder die auch an anderen Stellen benötigt werden. Daher ist uns wichtig, dass es nur mehr Geld für den BER gibt, wenn es neben der Umsetzung des Nachtflugverbots und des Lärmschutzes keinen weiteren Ausbau gibt. Vor allem wollen wir mehr Transparenz: Alle Unterlagen müssen auf den Tisch kommen und eine nachvollziehbare Planung und ein belastbarer Business-Plan vorgelegt werden. Die SteuerzahlerInnen dürfen nicht dauerhaft für den BER in Haftung genommen werden.

### **Zu Frage 6 (Vertrauen in die Politik):**

Verlorenes Vertrauen wieder zu gewinnen ist schwer, aber gerade bei so einem Großprojekt nötig. Wir Grünen wollen die volle Transparenz für die Politik und erst recht für die BürgerInnen. Der Fortgang bei den Bauarbeiten und die Ausgestaltung des späteren Betriebs muss für die BrandenburgerInnen und vor allem für die AnwohnerInnen klar sein und ihre Interessen wie den Lärmschutz berücksichtigen. Für zukünftige Projekte wollen wir die Bürgerbeteiligung stärker festschreiben, wir wollen die BürgerInnen früher einbeziehen. Nur so kann die Akzeptanz für kleine und große Veränderungen geschaffen werden und nur so können die Interessen von allen berücksichtigt werden.

## **Antworten vom FDP-Landesverband Brandenburg**

### **Zu Frage 1 (Weg zur Durchsetzung des Nachtflugverbots):**

Wer das Nachtflugverbot – wie vom Brandenburger Landtag beschlossen – durchsetzen will, der muss Druck auf die anderen Anteilseigner ausüben. Die Berliner Regierung hat gezeigt, dass sie auf nichts anderes reagiert. Gleichwohl befürwortet die FDP Brandenburg ein Nachtflugverbot von 22:00 bis 06:00 Uhr nicht. Unsere Position war es immer, dass darüber die Brandenburgerinnen und Brandenburger in einer Volksabstimmung entscheiden sollten. Dies wäre der ehrlichere Weg gewesen und hätte bei einem positiven Ausgang auch insgesamt für den notwendigen Druck und die essentiell Bindungswirkung gesorgt.

### **Zu Frage 2 (Gesetzliche Beschränkung auf 2 Bahnen und 360000 Flugbewegungen):**

Nein, denn zwei Bahnen werden dem steigenden Flugverkehr nicht gerecht. Eine dritte Bahn wird mittelfristig notwendig um den Flugverkehr abzufertigen und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu unterstützen. Alternativ halten wir es allerdings für wünschenswert den Flughafen Tegel weiterhin offen zu halten. Käme es zu einer solchen Lösung, für die wir uns mit aller Kraft einsetzen werden, so kann langfristig auf eine Dritte Bahn verzichtet werden.

### **Zu Frage 3 (Ist Schönefeld der richtige Standort):**

Geeignet ja, aber nicht der optimale Standort. Aber diese Entscheidung wurde vor vielen Jahren getroffen und die Investitionen wurden jetzt getätigt. Nun gilt es aus der verkorksten Politik der Landesregierung das Beste zu machen.

### **Zu Frage 4 (Konsequenzen aus dem falschen Standort)**

Nach den getätigten Milliardeninvestitionen muss der BER so schnell wie möglich ans Netz um weiteren wirtschaftlichen Schaden vom Land Brandenburg und seinen Bürgern abzuwenden. Der Flughafen ist eine Chance für die Region. Der Neustart einer jahrzehntelangen Flughafenplanung an einem neuen Standort ist wirtschaftlicher Wahnsinn.

### **Zu Frage 5 (Nachhaltige Verwendung für Steuergelder):**

Ja, mit den Steuergeldern die am BER verschwendet werden, würden wir unter anderem gern zusätzliche Lehrer einstellen um den hohen Unterrichtsausfall zu bekämpfen, mehr Polizisten ausbilden und einstellen um gegen die steigenden Einbruchszahlen vorzugehen und die Investitionen in den Erhalt der Landesstraßen deutlich anheben.

### **Zu Frage 6 (Vertrauen in die Politik)::**

Wir brauchen eine neue Landesregierung, um die Misswirtschaft am BER zu beenden.

## **Antworten der Piraten-Partei Brandenburg**

### **Zu Frage 1 (Weg zur Durchsetzung des Nachtflugverbots):**

Die Piraten Brandenburg fordern einen sofortigen Baustopp des Flughafens Berlin Brandenburg (BER). Der einfachste Weg zur Durchsetzung des Nachtflugverbotes am BER ist dessen Nichtinbetriebnahme. Bei einem Baustopp kommt es nicht mehr zur Inbetriebnahme des BER. Unbeachtet der Forderung nach sofortigem Baustopp, fordern wir ein striktes Nachtflugverbot von 22.00-6.00 Uhr.

### **Zu Frage 2 (Gesetzliche Beschränkung auf 2 Bahnen und 360000 Flugbewegungen):**

Ja ♦

Laut Planfeststellungsbeschluss ist nur ein Flughafen mit "regionaler Bedeutung" geplant worden. Wir fordern weiterhin, auch die Hürden für Volksbegehren auf unter 60.000 Unterschriften zu senken.

### **Frage 3 (Ist Schönefeld der richtige Standort):**

Nein ♦

Bei 360.000 Flugbewegungen sind etwa 40.000 Menschen über das Zumutbare hinaus von Lärm betroffen. Den hiervon betroffenen Menschen ist zureichender Lärmschutz, wie im Planfeststellungsverfahren festgelegt und darüber hinaus zuzuerkennen. Wir fordern aktiven Lärmschutz vor passiven.

### **Zu Frage 4 (Konsequenzen aus dem falschen Standort):**

Die Piratenpartei Brandenburg fordert, dass die erforderlichen Schallschutzmaßnahmen von einer unabhängigen, paritätisch besetzten Instanz festgelegt werden. Dieses Gremium weist die Flughafengesellschaft an, auf ihre Kosten die Maßnahmen umzusetzen und kontrolliert deren Umsetzung. Die Schallschutzmaßnahmen sind zügig und in vollem - vom Planfeststellungsbeschluss geforderten- Umfang durchzuführen. Hierbei sind öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Gesundheitseinrichtungen besonders zu berücksichtigen.

### **Zu Frage 5 (Nachhaltige Verwendung für Steuergelder):**

Ja ♦

Der BER stellt sich als ein Fass ohne Boden dar, dessen Bau bisher mehr als das Dreifache des veranschlagten Betrages gekostet hat. Ein Ende der Kostenexplosion ist nicht abzusehen. Die PIRATEN in Brandenburg halten am festgelegten Standort ein nachhaltiges Wirtschaften für nicht möglich. Die hierdurch gegebene Steuergeldverschwendung bekommen alle Bürger zu spüren. Im Haushalt wird durch die nach einer Inbetriebnahme anfallenden Kosten des BER ein Finanzierungloch in mindestens dreistelliger Millionenhöhe entstehen. Das Geld fehlt dann beispielsweise im Bereich Bildung. Gerade Bildung sollte aber mit unsere kostbarste Ressource in Brandenburg sein.

### **Zu Frage 6 (Vertrauen in die Politik):**

Die Piraten Brandenburg sehen im BER ein Beispiel, wo die Realisierung eines Vorhabens durch die Landesregierung ohne frühzeitige und umfassende Einbeziehung der Bürger und bis zum heutigen Tage völlig intransparent erfolgt. Da der Flughafen BER sich auch längerfristig als "Fass ohne Boden" darstellt, ist das Vorhaben zu stoppen. Es ist unverantwortlich, nachfolgenden Generationen das finanzielle Desaster zu hinterlassen. Tragen wir Verantwortung für unsere nächsten Generationen und beenden an diesem Standort das Projekt BER - sofort.

## **Antworten der BVB Freie Wähler Brandenburg (Antworten von Christoph Schulze, stark gekürzt)**

### **Zu Frage 1 (Weg zur Durchsetzung des Nachtflugverbots):**

Dazu könnte entweder der Landplanungsstaatsvertrag mit dem Land Berlin gekündigt werden und zeitnah ein neuer Landesentwicklungsplan aufgestellt werden, in dem landesplanerische Ziele und Richtungen vorgegeben sind, die bei einer erneuten Planänderung was den Flughafen Schönefeld betrifft, unbedingt beachtet werden müssten

### **Zu Frage 2 (Gesetzliche Beschränkung auf 2 Bahnen und 360000 Flugbewegungen):**

Ja

### **Frage 3 (Ist Schönefeld der richtige Standort):**

Nein

### **Zu Frage 4 (Konsequenzen aus dem falschen Standort):**

1. Selbst wenn dies für den aktuellen Moment keine Lösung für die vom Flughafen Betroffenen ist, wäre es zu mindestens eine vernünftige Perspektive wenn man jetzt mit einem Raumordnungsverfahren beginnen würde, den Landesentwicklungsplan ändert und zu einem geeigneten Flughafenstandort kommt, der so wenig Menschen wie möglich beeinträchtigt.
2. Darüber hinaus gibt es ausreichend Hinweise und Möglichkeiten, wie die Investition BER vernünftig nachgenutzt werden kann, ohne dass der Standort Schönefeld mit den dort vorhandenen Infrastrukturmaßnahmen vollständig abgewertet und wertberichtigt werden muss. In diesem Zusammenhang sei auf das Projekt und die Ideenskizze des BVBB zur Nachnutzung als Messestandort hingewiesen. Dies würde eine adäquate volkswirtschaftliche Nutzung der getätigten Investitionen bedeuten
3. Eine weitere Konsequenz wäre, dass die verantwortlichen Politiker und vor allem auch die verantwortlichen Beamten in den verschiedenen Ministerien und Behörden, von der Luftverkehrsbehörde, über das Verkehrsministerium, das Umweltministerium etc., die diese Fehlleistung zu verantworten haben, ausgetauscht werden müssten.

### **Zu Frage 5 (Nachhaltige Verwendung für Steuergelder):**

Ja,

Wenn man sich vor Augen hält, was man alleine mit der 1 Mrd. €, die das Land Brandenburg „cash“ am Flughafen „versenkt“ hat, hätte anfangen können, fallen einem zahlreiche Alternativen ein:

Von den 5400 Kilometern Straßen im Land Brandenburg sind 2500 bis 4000 Kilometer Straßen in einem nicht adäquaten und verkehrssicheren Zustand sind, was sogar das Verkehrsministerium zugeben muss.

- Die Polizei soll von knapp 9000 auf 7300 Stellen reduziert. Aktuell sind wir bei 8300 Stellen und schon jetzt ist die Polizei personell am Ende ihrer Möglichkeiten angelangt. Die Polizisten werden verheizt. Über 700 Dauerkrankschreibungen sind ein Beleg. Hier wird die Sicherheitsstruktur des Landes Brandenburg kaputt gemacht um „Geld zu machen“, den finanziell völlig insuffizienten Flughafen zu unterstützen und dem Flughafen ständig neue Geldtransfusionen zu kommen zu lassen, um sein Überleben zu sichern.

- Das Land Brandenburg hat bundesweit einen der schlechtesten Betreuungsschlüssel bei den Kindertagesstätten. Eine vor Kurzem veröffentlichte Studie errechnete einen Bedarf von ca. 8.000 Erzieherstellen. Ausbaden müssen dies neben den Kommunen vor allem die Eltern und die Kinder selbst.



- An den Schulen in Brandenburg konnten 4300 Kinder 2014 keine Zeugnisse bekommen, weil so viel Unterricht ausgefallen ist, dass eine entsprechende Benotung nicht mehr möglich war.
- Auch die Zustände im Eisenbahnverkehr, von Brücken, Bahnhöfen und Straßen sind stark verbesserungswürdig, was man wohl niemanden gesondert erklären muss, weil die Menschen tagtäglich mit diesen Problemen konfrontiert werden. In diesem Zusammenhang 1 Mrd. € einfach für ein Großprojekt „rauszuwerfen“ ist ein beispielloser Akt von Verantwortungslosigkeit.

**Zu Frage 6 (Vertrauen in die Politik):**

Ich kann nur bitten und auffordern, dass die Bürgerinnen und Bürger die Probleme durchdenken, den Kandidaten auf den Zahn fühlen und am Wahltag denjenigen Personen ihr Vertrauen und ihre Stimme schenken, von denen sie hinreichend Gewissheit haben, dass sie auch nach der Wahl tun werden, was sie vor der Wahl versprochen haben. Die Masse derjenigen Bürger, die enttäuscht sind, müssen sich aufmachen und mit ihrer Stimme von der Politik das einfordern, was sie für sich und ihre Nächsten für vernünftig erachten. Deshalb ergeht der Aufruf: Beteiligen Sie sich an der Wahl, prüfen sie die Kandidaten und die verschiedenen Parteien und Gruppierungen und treffen sie eine Entscheidung. Wir alle müssen letztendlich das aushalten, was am Wahltag entschieden wird. Wer nicht wählen geht, hat letztendlich auch seine Chance zur Veränderung vertan und, ich muss es so deutlich sagen, dann auch das Recht auf meckern nicht mehr.